



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/38

14. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Das deutsche Eigentum in England	S. 4
Noch ein gesprächiger Bundesminister	S. 5
Internationale sozialistische Hilfsorganisation	S. 6
Nach der Konferenz von Breisig	S. 8

Deutsche Notwendigkeiten vor der Viererkonferenz

Eine Rundfunkrede Dr. Schumachers

(sp) Der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, erklärte in einer Rede über den Bayrischen Rundfunk:

Entscheidungen von grösster Bedeutung reifen heran. Ihr gemeinsamer Generalnenner ist die kommende Viererkonferenz. Alle Probleme werden von der Viererkonferenz beeinflusst werden: die Aussen- und die Innenpolitik, der Kampf um den militärischen Beitrag und seine Voraussetzungen und die wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Die Konferenz mag zustandekommen oder nicht, sie mag ausgehen, wie sie will - ihre Vorbereitung und der Kampf um ihre Tagesordnung mobilisieren die Geister in der ganzen Welt, am meisten in Deutschland; denn Deutschland ist das eigentliche Kernthema. Die deutsche Einheit und ihre Voraussetzungen sind der hauptsächlichste Gegenstand der Auseinandersetzung. Auch wenn man die Aussichten einer kommenden Viererkonferenz skeptisch beurteilt, verlangen die Völker und verlangt besonders das deutsche Volk mehr Klarheit über sein Schicksal.

Wie vor jeder Viererkonferenz versuchen die Sowjets, die nationale Sehnsucht der Deutschen nach Einheit für sich wachzurufen und zu monopolisieren. Sie möchten darum die herkömmliche Viererkonferenz im Stile des Potsdamer Abkommens mit Deutschland als einzigem Thema und den Kommunisten als Anklägern. Die Amerikaner wiederum wünschen eine Viererkonferenz, die alle Themen erörtert, die zum Ausgleich der Gegensätze zwischen Ost und West führen können, und bei der Deutschland gewiss ein entscheidend wichtiger Tagesordnungspunkt, aber nicht der einzige ist.

Die Schalmeienkapelle des Roten Frontkämpferbundes

Diesmal ist das System der Mobilisierung der deutschen Kräfte zugunsten Sowjetrusslands grösser in der Planung, genauer durchdacht und arbeitet mit sehr taktischen Eventualitäten. Mobilisierung der Unpolitischen für die sowjetische Politik durch sanfte, leise und friedfertige Töne - das ist die Methode. Aber wer den Kommunismus kennt, hört aus den Schalmeienklängen doch immer nur die Schalmeienkapelle des Roten Frontkämpferbundes heraus. Diese Kommunisten können mit der traditionellen Defensivhaltung der deutschen Demokraten in dieser Frage nicht abge-

wehrt werden. Die demokratischen Kräfte müssen offensiv werden. Das heisst: Alle Versuche, konstituierende Körperschaften irgend welcher Art, Konsultativräte, Staatsräte oder ähnliches zu ernennen, möglichst noch im Zeichen der zahlenmässigen Parität zwischen Ost und West, bedeuten den entscheidenden Erfolg der Sowjets. Die Absicht ist, durch die Tätigkeit dieser Institutionen eine Fülle von Tatsachen zu schaffen, die nachher durch ein Parlament aufgrund freier Wahlen nicht mehr korrigiert werden können und die die Freiheit einer kommenden Wahl bereits von vornherein illusorisch machen. Es ist der Versuch, Gesetze zu schaffen und durchzuführen, für die allein ein frei gewähltes Parlament und eine Regierung aus seiner Mitte zuständig sein können. Dann ist die deutsche Freiheit nach innen und aussen liquidiert.

Für die Demokraten Deutschlands und der ganzen Welt steht und fällt alles damit, dass die freien und gleichen, direkten und geheimen Wahlen unter den gleichen Bedingungen und Voraussetzungen für alle demokratischen Faktoren der Schritt Nr.1 ist. Gelingt es, diesen Schritt nach einer notwendigen organisatorischen und propagandistischen Anlauf- und Kampfvorbereitungszeit tatsächlich als ersten zu tun, sind alle Trümpfe in der Hand der Demokratie. Dann, aber nur dann, ist die deutsche Einheit das, was sie ihrem innersten Wort und Wesen nach sein soll und sein muss: eine Bereicherung und Stärkung der Freiheiten der ganzen Welt; dann ist die deutsche Einheit erst deutsch und Einheit. Eine solche gewählte Nationalversammlung darf sich nicht darin erschöpfen, die Verfassung zu geben. Ein solches Parlament muss auch die Regierung bilden. Eine starke Zentralgewalt, die imstande ist, mit den Kommunisten fertigzuwerden und dann in den einzelnen Ländern der sowjetischen Besatzungszone mit dem neuen kommunistischen Föderalismus abzurechnen und ihn zu liquidieren, eine solche Zentralgewalt zu bilden, ist das entscheidende Problem.

Der Westen muss initiativ werden

Es ist der Sinn meines Schreibens vom 31. Januar an den Bundeskanzler, in dem ich die Bundesregierung aufgefordert habe, für die Viererkonferenz bei den vier Besatzungsmächten entsprechende Schritte zu unternehmen - es ist dessen Sinn, so freie und gleiche Wahlen durch unsere deutsche Initiative und Aktivität und durch solidarische Handlungen der Weltdemokratie als ersten grundlegenden Akt für eine neue deutsche Politik einzuleiten. Hierauf will keine verantwortliche Stelle des Ostens antworten. Unverantwortliche Stellen und Zeitungen freilich geben verbindlich schillernde und doch unverbindliche Antworten an die verantwortungsfreien Fragesteller aus dem Westen. In der Bundesrepublik aber diskutiert man weiter in der Haltung der Defensive. Man begreift sehr langsam, dass diese Forderung die Offensive ist und dass jetzt der Osten zur Antwort auf ein realistisches Angebot gezwungen werden muss, wenn die ganze kommunistische Einheitsschreierei nicht als blosse Schwindelei enthüllt werden soll. Das ist der Weg, die Einheit durch die Freiheit zu erobern. Der Osten versucht, mit der Einheit die Freiheit zu töten.

Die Bundesregierung und der Bundestag müssen ähnlich wie vor den kommandierten Oktoberwahlen des Vorjahres, aber mit sehr viel grösserem Nachdruck und niemals erlahmender Zähigkeit dieses Ziel angreifen. Man darf sich im Westen nicht durch die Diskussion ablenken lassen, wie und ob man einzelne Ostaktionen beantworten soll, etwa wie sich der Bundestag auf die freundliche Einladung zur Aussprache, ergangen von

der Volkskammer der Sowjetzone, verhalten soll. Das sind rein schematische Teilpraktiken, die von ihren Urhebern selbst nicht ernstgenommen werden und die ernstzunehmen den Illusionisten des Westens vorbehalten ist.

Pankows Spekulationen

Man spekuliert in Karlshorst und Pankow mit dem Gedanken einer grossen deutschen, betont bürgerlichen Parteigründung. Man beschäftigt sich weiter mit dem Projekt, ohne Wahlen eine Regierung für ganz Deutschland ohne Kommunisten aus Westdeutschland und ohne SED aus Ostdeutschland anzubieten. Die nicht offiziell kommunistischen Parteien der Ostzone und alle möglichen Organisationen hätten dabei die Aufgabe, die Deutschen von dem Westen an den Osten heranzuziehen. Und wenn das alles nicht gelingt, dann darf man mit der Bildung einer Schattenregierung rechnen, in der Kommunisten und Nichtkommunisten, Gutgläubige und Verräter, Harmlose und Leute mit unwiderstehlichem Rededrang sich zusammenfinden und gemeinsam über Ost und West thronen. Eine solche Schattenregierung hätte zwar zu Beginn keine Exekutive, aber sie wäre das ungeheuerlichste Propagandainstrument, das die moderne Geschichte kennt, ein Propagandainstrument für die nationale Unterwerfung unter der nationalen Flagge und mit nationaler Begleitmusik.

Nun soll man wissen: Es geht hier nicht in erster Linie bei den angebotenen Gesprächen um Unterschiede der Meinungen; es geht vor allem um Unterschiede der Zustände, die niemand im Westen ignorieren darf. Wer hier aus der Bundesrepublik will sich eigentlich erlauben, die Konzentrationslager, das soziale Elend und die Rechtlosigkeit, kurz alles das, was das Wesen des Staatsaufbaus in der sowjetischen Besatzungszone ausmacht, einfach zu ignorieren, nicht zur Kenntnis zu nehmen und gemeinsam mit den Vertretern der kommunistischen Gewalt in patriotischen Kriegervereinsphasen im Stil der wilhelminischen Epoche zu schwelgen?

Eine staaterhaltende soziale Ordnung ist nötig

Der deutsche Westen freilich sollte besser begreifen, welche Rolle Deutschland in der grossen Auseinandersetzung zwischen Ost und West spielt. Hätte man das hier in der Bundesrepublik rechtzeitig begriffen, dann würde die soziale Frage eine andere Behandlung in Mitteln und Zielen erfahren haben. Das Wesen der Freiheit besteht nicht in der Zügellosigkeit des Gewinns und der Ausbeutung; das Wesen der Freiheit besteht in der Kraft der sozialen Ordnung und im Glauben an die staatsbildende und volkerstärkende Potenz der sozialen Gerechtigkeit, auf deren Grundlage die menschliche Persönlichkeit allein sich erst voll entfalten kann. Die Wirtschafts-, die Steuer- und die Sozialpolitik der deutschen Bundesrepublik schaffen nicht das genügende Fundament für die grosse Auseinandersetzung. Hier die Änderung vorzunehmen, ist nicht nur etwas sozial Notwendiges; es ist etwas Staaterhaltendes und Staatsbildendes, ist eine nationale Aufgabe, die nationale Aufgabe schlechthin.

Dillettantismus in Wehrfragen

Nun soll man auch nicht übersehen, dass die Leichtfertigkeit und Vorbehaltlosigkeit, mit der die Frage des deutschen militärischen Beitrages hier im Westen oft von Alliierten und von Deutschen diskutiert wird, ja eine Verstärkung des kommunistischen Propagandaarsenals ist. Es ist geradezu die Gelegenheit für die östlichen Kriegshetzer, im

Westen als Friedensapostel aufzutreten.

Die Schaffung jedes militärischen Beitrages von Bedeutung würde Jahre erfordern. Keine einzige der jetzt drohenden Gefahren könnte mit diesen unzulänglichen Mitteln abgewehrt werden, keine auch nur gemildert werden. Man muss diese Unzulänglichkeit und dieses Ungestüm und dieses Nichtdurchdenken als einen schweren Schaden für die deutsche Freiheit und die deutsche Politik, für die Freiheit der Welt überhaupt ansehen. Das Festhalten an den Voraussetzungen der Gleichberechtigung im Politischen, der gleichen politisch-militärischen Verfügungsgewalt und vor allem der ausreichend starken stählernen Wand ist die einzige Möglichkeit, Deutschland auch auf diesem Gebiete zu schirmen, das ganze Deutschland zu schützen. Ohne diese Voraussetzung ist alles Propaganda und leere Spielerei, die abzuwehren ebenso sehr nationale wie menschliche Pflicht ist.

Vor der Viererkonferenz kommt es zu keinen praktischen Aufrüstungshandlungen, und darum wäre heute eine grundsätzliche Erklärung militärischer Bereitschaft vor dem deutschen Volk nicht zu verantworten, eher eine Schwächung, bestimmt sehr viel mehr eine Schwächung als eine Stärkung der deutschen Position. Vor der Viererkonferenz gibt es drei Aufgaben: die soziale Stärke, den nationalen Willen zur Demokratie und zur Selbstbehauptung unseres Volkes und den Mut und abermals den Mut, zu bekennen, zu kämpfen und fest zu bleiben.

Das deutsche Eigentum in England

B.C., London, im Februar

Niemand scheint zu wissen, nach welchen Richtlinien im Rahmen des bald zu erwartenden Gesetzes zur Beendigung des Kriegszustandes mit der Bundesrepublik die Frage der beträchtlichen deutschen Guthaben gelöst werden soll, die hier in England vom Kustos für feindliches Eigentum (Custodian of Enemy Property) unter Beschlagnahme gehalten werden. Die fraglichen Beträge sind unzweifelhaft recht gross. Amtlicherseits wird jede Auskunft verweigert, doch wird von nichtoffizieller Seite die betroffene Summe auf 15-20 Mill. Pfund geschätzt. Das deutsche Generalkonsulat in London erklärt, dass es ihm von Bonn aus ausdrücklich untersagt sei, sich mit diesem Fragenkomplex irgendwie zu befassen.

Rechtlich ist die Lage so, dass alle vor März 1949 entstandenen Ansprüche in Deutschland siedelnder "feindlicher Ausländer" an den Kustos gezahlt werden müssen. Der Kustos soll sie zur Abdeckung britischer Privatforderungen gegen deutsche Privatfirmen bereithalten, die angeblich 100 Mill. Pfund übersteigen. Praktisch wirkt sich das so aus, dass z.B. Tantiemen aus vor März 1949 entstandenen deutschen Patenten und Buch-

oder Film-Copyrights vom britischen Benutzer direkt an den Kustos bezahlt werden müssen. Durch die englische Presse ging kürzlich ein besonders krasser Fall einer vor dem Kriege an einer englischen Schule angestellten deutschen Lehrerin, die bei Kriegsausbruch 1939 auf Ferien in Deutschland war und nicht mehr zu ihrer Arbeit zurückkehren konnte. Der Schuldirektor erklärt, dass er gern bereit wäre, der Lehrerin die ihr zustehenden Summen aus dem Schulpensionsfonds auszuzahlen (die ihr jahrelang vom Gehalt abgezogen worden waren), dass er aber eine Aufforderung vom Kustos erhalten habe, das Geld an diesen zu zahlen. Der Schulleiter sagt, er habe sich bisher noch nicht dazu bringen können, diesen Scheck für den Kustos auszusprechen, da er es einfach für unfair und ungerecht halte, einer treuen und beliebten Lehrerin ihre Altersersparnisse derart fortzunehmen.

Amtlichersciits sagt man, es sei Sache der Bundesregierung, in der Sache des beschlagnahmten Eigentums Schritte zu ergreifen, und "das ist unseres Wissens bisher noch nicht geschehen". Diese Fälle erscheinen umso krasser, als seit Jahr und Tag der kaufmännische und industrielle Handelsverkehr zwischen England und der Bundesrepublik ungehindert von finanziellen Schwierigkeiten der genannten Art blüht und von Monat zu Monat an Umfang zunimmt. Die einfachste Gerechtigkeit erfordert, dass auch den Kleinen nicht verlorengelut, was ihnen zukommt.

 Wer hätte wem abzubitten?

Ausgerechnet Bundesminister Heinrich Kellwege, der als Minister für Angelegenheiten des Bundesrates wohl ein Amt, aber praktisch keine Funktion hat, erklärte dieser Tage in Braunschweig, der Bundeskanzler habe das deutsche Volk seit einem Jahr über gefährliche Klippen hinweggesteuert. Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher habe Dr. Adenauer vieles abzubitten.

Diese Behauptung im Munde eines amtierenden Bundesministers ist angesichts der politischen Wirklichkeit einfach grotesk. Seit Wochen ist man sich in politischen Kreisen darüber klar, dass sich in allen wesentlichen Fragen der deutschen Politik und insbesondere eines möglichen deutschen militärischen Beitrages für die Verteidigung des Westens, die Auffassungen der SPD, vertreten durch ihren Vorsitzenden, als richtig erwiesen haben. Dafür liegt auch eine Fülle von Äußerungen in in- und ausländischen Zeitungen vor, die im allgemeinen der sozialdemokratischen

Politik skeptisch und ablehnend gegenüberstehen. Man kann solche Äußerungen fast täglich finden.

Eine besonders unmissverständliche ist die der "Basler Nationalzeitung" vom 9. Februar, in der es u. a. heisst:

"Eisenhower hat Adenauer einen Strich durch seine Remilitarisierungspläne gezogen und dem amerikanischen Kongress einen Vorschlag unterbreitet, der sich weitgehend mit den von Schumacher vertretenen Ansichten deckt. Einerseits handelt es sich für den Kanzler nun darum, das Gesicht zu wahren, andererseits haben die Erklärungen Eisenhowers eine Basis geschaffen, auf der sich Regierung und Opposition in der Remilitarisierungsfrage endlich einigen können - vorausgesetzt, dass Adenauer seine ursprünglichen Pläne aufgibt und sich ebenfalls mit dem Standpunkt Eisenhowers identifiziert. Konkret gesprochen geht es dabei um das Problem der sogenannten "Vorleistung": Schumacher hat dem Kanzler von Anfang an vorgeworfen, er betreibe insofern eine Politik der Vorleistung, als er einer Remilitarisierung der Bundesrepublik zustimme, noch bevor die Bundesrepublik souverän geworden sei. Obschon Schumacher damit zweifellos recht hat, bemüht sich nun das Bundeskanzleramt, diese Tatsache zu demontieren, woraus man den Schluss ziehen kann, dass Adenauer bereit ist, auf die Linie Eisenhower-Schumacher umzuschwenken und in der Remilitarisierungsfrage solange nicht mehr zu drängen, solange die Bundesrepublik nicht die Gleichberechtigung und volle Souveränität erhalten hat."

Es ist unserer Ansicht nach angesichts dieses Sachverhaltes nicht zweifelhaft, wer wem hier etwas abzubitten hätte, wenn der Betroffene Wert darauf legen würde. Wir glauben das freilich nicht.

"Internationale Sozialistische Hilfe"

sp. Mit dem vorläufigen Sitz Brüssel wurde vor wenigen Tagen eine "Internationale Sozialistische Hilfe" gegründet, deren erste und wichtigste Aufgabe sein werde, "eine umfassende Betreuung der sozialistischen Flüchtlinge aus Ost- und Mitteleuropa einzuleiten, die als Opfer totalitärer Willkür hilfsbedürftig sind", wie Alfred Nau vom Parteivorstand der SPD erklärte. Nau hat zusammen mit Lotte Lenke von Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie an der Gründungskonferenz in Brüssel teilgenommen, die fast von allen sozia-

Listischen Parteien Westeuropas beschickt war. Bis zur nächsten Vollversammlung führt den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft "Internationale Sozialistische Hilfe" der Sekretär der belgischen Sozialistischen Partei, Luytens.

Über die Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaft gibt ein Kommuniqué Aufschluss, das nach Beendigung der Beratungen in Brüssel ausgegeben wurde. Darin heisst es u.a.:

"Vertreter sozialistischer Parteien und sozialistischer Hilfsorganisationen unter Vorsitz des Sekretärs der belgischen Sozialistischen Partei, Luytens, erklärten in einer Konferenz in Brüssel, dass die schwierigen Lebensumstände, in denen sich viele Männer und Frauen befinden, die aus ihrer Heimat wegen ihrer demokratischen Gesinnung von totalitären Regimen mit menschenunwürdigen Methoden vertrieben wurden oder flüchten mussten, internationale Hilfe erfordern. Diese kann durch alle freien Menschen erfolgen, um zur Stärkung des Solidaritätsgefühls beizutragen und das Leben der unterdrückten und verfolgten Menschen zu erleichtern.

Die Versammlung ruft alle freien und willigen Menschen auf, die Aktion der Internationalen Sozialistischen Hilfe (I.S.H.) zu unterstützen. Sie beschloss eine Koordinierung der Tätigkeit der sozialistischen Hilfsorganisationen. Sie soll erreicht werden: durch gegenseitige regelmässige Information und Herausgabe von Berichten und Informationen auf breiter internationaler Grundlage, durch Verbreitung der Tätigkeit in der Presse und im Rundfunk, durch gemeinsame internationale Hilfsaktionen, besonders für die Opfer der politischen Kämpfe und der grossen Katastrophen, durch Zusammenarbeit mit anderen internationalen Vereinigungen und Instanzen."

- - -

Niederbreisig bestätigt Gegensätze

sp. Die wirtschaftspolitischen Experten der Bonner Koalition trafen sich in Niederbreisig. Abseits der dünnen Wände in den Bonner Sitzungszimmern wollten Minister und Abgeordnete Klarheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der Koalition gewinnen. Nun, die Abgeschlossenheit des kleinen Ortes war nicht so hermetisch, dass in Bonn grosse Spekulationen über den Verlauf der Besprechungen notwendig

wurden. Volle Einigkeit wurde so wenig gefunden wie ein klares Konzept. Es wird also in der Wirtschaftspolitik der Koalition bei dem bisherigen Nebeneinander von liberalistischen und dirigistischen Methoden bleiben.

Gegensätze der Meinungen in der CDU und gegenüber der FDP sind die wohlbekanntesten Gründe. Die Rolle der Deutschen Partei ist auch in diesem Zusammenhang nur von geringer Bedeutung und entspricht der tatsächlichen Stärke dieser Partei. Die taktische Einheit zwischen CDU/CSU und der FDP wird auch nach der Konferenz von Niederbreisig noch nicht gefährdet sein, doch ist sie weniger denn je eine Einheit im Programm. Die dadurch unvermeidlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition werden sich durch die Gegensätze in rein politischen Fragen weiter verstärken, zumal es nicht den Anschein hat, als ob die FDP ihren Druck auf den Bundeskanzler verringern wolle, sondern weiterhin auf praktische, das heisst vor allem personelle Berücksichtigung ihrer Wahlerfolge in den Ländern, dränge.

Schien Ende 1950 ein Teil der CDU bereit zu sein, dem Zug der FDP nach "rechts" zu folgen, um nicht noch mehr Wähler zu verlieren, so wirkte in Niederbreisig, soweit wir informiert sind, wieder das Element in der CDU/CSU, das gerade von einem weiteren Ruck nach "rechts" eine gefährliche Schwächung der Partei befürchtet. Auch das sind keine neuen Probleme, nur dass sie jetzt tiefer wirken als im vergangenen Jahr. Man muss nicht unbedingt an die Gegensätze zwischen den sogenannten "linken Christen" und den CDU-Mitgliedern denken, die der "ersten Legion" angehören oder die grossen Unterschiede der einzelnen Flügel in der CDU/CSU kennzeichnen, um das Fehlen eines einheitlichen Regierungskurses zu erläutern. Es genügt, sich das vage Ergebnis der reinen Arbeitssitzung von Niederbreisig zu vergegenwärtigen, um zu sehen, in welchem Masse sich die Partner von Bonn auseinanderleben, seit in den Ländern die Gültigkeit der Wahlergebnisse von 1949 für die Gegenwart widerlegt wurde.

+ + +

Der deutsche Experte für die Plovenplan-Konferenz

sp. Oberstleutnant a.D. Ulrich de Maiziere, der militärische Berater der deutschen Delegation für die Plovenplan-Konferenz in Paris entstammt einer Hugenottenfamilie. Er kommt aus Niedersachsen (1912 in Stade geboren) und absolvierte in Hannover das Konservatorium. Trotz seiner Begeisterung für die Musik entschied er sich für das Kriegerhandwerk und wurde Berufsoffizier, wobei er die Kriegeschule als bester aller Schüler absolvierte. De Maiziere war zuletzt als Oberstleutnant in der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres tätig. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft wandte sich de Maiziere, der verheiratet und Vater dreier Kinder ist, an eine grosse Buchhandlung in Hannover. Hier lernte er Buch- und Musikalienhändler und baute, nachdem er beide Prüfungen mit "sehr gut" bestanden hatte, die Musikabteilung des Unternehmens auf, die er seither leitet. Von seinem Chef wird er als begeisterter Musiker und grossartiger Musik-Interpret von überragender Intelligenz geschildert.